

FREIBERUFLER-TICKER vom 10. August 2018

1. Missbrauch des Abmahnrechts

Die Bundesregierung hat die Aufforderung der Koalitionsfraktion CDU/CSU und SPD, bis zum 1. September 2018 einen Gesetzentwurf vorzulegen, der geeignete und wirkungsvolle Maßnahmen zur Eindämmung von Abmahnmissbrauch vorsehen wird, in ihrer Antwort ([19/3644](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ([19/3363](#)) begrüßt. Darüber hat der Deutsche Bundestag am 8. August 2018 informiert. Derzeit prüfe die Bundesregierung, wie dieser Auftrag umgesetzt werden könne. Bereits der Koalitionsvertrag enthalte eine Einigung zum Kampf gegen Abmahnmissbrauch.

2. BEG III in den Blick genommen

Wie im Koalitionsvertrag angekündigt, plant die Bundesregierung ein drittes Bürokratieentlastungsgesetz (BEG III). Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie führe Gespräche mit anderen Ressorts. Zu Inhalten des Gesetzes und zum Zeitpunkt der Vorlage könnten daher noch keine Angaben gemacht werden. Das hat die Bundesregierung laut einer Information des Deutschen Bundestages vom 8. August 2018 in ihrer Antwort ([19/3643](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ([19/3362](#)) mitgeteilt. Die Bundesregierung strebe in diesem Kontext insbesondere an, das Gründungsverfahren durch weitere Bündelung und Digitalisierung von Prozessen zu erleichtern. Zur Reduzierung von Statistik-Pflichten soll bis zum Herbst eine ressortübergreifende Bund-Länder-Arbeitsgruppe eingerichtet werden. Der Auftakt mit Vertretern der Wirtschaftsministerien von Bund und Ländern sowie allen übrigen Bundesressorts, der Deutschen Bundesbank, dem Statistischen Bundesamt sowie des Normenkontrollrates ist am 12. September 2018 geplant. In den weiteren Sitzungen sollen auch Unternehmensverbände, Wissenschaft und Sozialpartner angehört werden.

3. Nächster Rekord: 1,21 Millionen offene Stellen

Im zweiten Quartal 2018 hat es rund 1,21 Millionen offene Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt gegeben. Gegenüber dem zweiten Quartal 2017 hat sich diese Zahl um rund 115.000, gegenüber dem ersten Quartal 2018 um fast 25.000 erhöht. Das geht aus der jüngsten [IAB-Stellenerhebung](#) vom 7. August 2018 hervor, einer regelmäßigen Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). In Westdeutschland sind im zweiten Quartal 2018 rund 940.000 offene Stellen zu vergeben gewesen, in Ostdeutschland gut 270.000. Das Verhältnis von sofort zu besetzenden offenen Stellen und sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung, die sogenannte Vakanzrate, beträgt im Bundesdurchschnitt 2,8 Prozent. Auf 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte kommen also fast drei offene Stellen. Im Jahr 2012 sind es zwei offene Stellen gewesen. Die Personalnachfrage ist somit deutlich angewachsen. Mit 3,2 Prozent liegt die Vakanzrate im Ostdeutschland höher als in Westdeutschland mit 2,7 Prozent. In Ostdeutschland gibt es andererseits rechnerisch 2,1 Arbeitslose je offener Stelle, in Westdeutschland liegt die entsprechende Zahl wie im Bundesdurchschnitt bei 1,9.

4. Weniger Jugendliche als vor zehn Jahren

Zum Jahresende 2016 haben in Deutschland rund 3,2 Millionen Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren gelebt. Ihre Zahl ist innerhalb von zehn Jahren um fast 470.000 Personen gesunken. Wie das Statistische Bundesamt drei Tage vor dem Internationalen Tag der Jugend am 12. August 2018 [mitgeteilt](#) hat, ist der Anteil der 14- bis 17-Jährigen an der Gesamtbevölkerung

von 4,4 Prozent Ende 2006 auf 3,8 Prozent Ende 2016 zurückgegangen. Angesichts des demografischen Wandels kommt der schulischen und beruflichen Qualifizierung der Jugendlichen hohe Bedeutung zu, um frei werdende Arbeitsplätze besetzen zu können. Während im Jahr 2006 noch acht Prozent der Schüler ohne Hauptschulabschluss die Schulen verlassen hatten, ist ihr Anteil im Jahr 2016 auf sechs Prozent gesunken.

5. Befristungen bei Lehrkräften

Die Verbesserung der Situation von befristet beschäftigten Lehrkräften verortet die Bundesregierung im Zuständigkeitsbereich der Bundesländer. Darauf verweist sie in ihrer Antwort ([19/3464](#)) auf eine Kleine Anfrage ([19/3120](#)) der Bundestagsfraktion von Die Linke, über die der Deutsche Bundestag am 8. August 2018 informiert hat. Unter Verweis auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit schreibt die Regierung weiter, es habe im Juni 2018 bundesweit 4.900 arbeitslose Lehrer gegeben.

6. Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 25. und 26. August 2018

Das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien und das Bundespresseamt laden am 25. und 26. August 2018 wieder zum Tag der offenen Tür ein. Die meisten Häuser sind an beiden Tagen von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Abweichende Öffnungszeiten einiger Ministerien stehen im ausführlichen [Programmteil](#). Darin sind auch flankierende Angebote beispielsweise der Bundespressekonferenz, der F.A.Z.-Hauptstadtreaktion und des Europäischen Hauses aufgeführt.